

Kampfkraft steigern statt flexibel verzetteln

Die öffentlichen Arbeitgeber stellen ver.di auf eine Machtprobe. Mit den Medien auf ihrer Seite wollen sie der Gewerkschaft das Rückgrat brechen. Sie wollen den öffentlichen Dienst als Brechstange für die 42-Stunden-Woche in der gesamten Wirtschaft nutzen. Sie betreiben offenen Klassenkampf. Diese politische Auseinandersetzung ist nur zu gewinnen, wenn ver.di seine gesamte Kampfkraft in die Waagschale wirft und dabei solidarische Unterstützung der IGM und der anderen Gewerkschaften bekommt.

Zu lange stillgehalten

Dass es so weit gekommen ist, hat der ver.di-Bundesvorstand, die Bundestarifkommission und der ver.di-Apparat zu verantworten. Jahrelang wurde den Erpressungen der Arbeitgeber kampflös nachgegeben. Mit Spartentarifverträgen und Öffnungsklauseln wurde der Flächentarifvertrag und damit die Einheit und Kampfstärke des öffentlichen Dienstes enorm geschwächt. Wäre der öffentliche Nahverkehr mit im Boot, wäre die aktuelle Auseinandersetzung längst gewonnen. Landauf landab haben ÖTV/ver.di kampflös die Privatisierung der Müllabfuhr und Energieversorgung hingenommen oftmals sogar aktiv mitbetrieben.

TvöD = Absenkungstarif

Wäre in der Tarifrunde 2002/3 die Kampfbereitschaft genutzt worden für einen gemeinsamen Kampf des gesamten öffentlichen Dienstes, hätten die Arbeitgeber in die Defensive gedrängt werden können. Stattdessen wurde uns von der ver.di-Führung der neue Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TvöD) eingebrockt. Er ist die größte Niederlage für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Nachkriegszeit. Obendrauf zu den ganzen Absenkungen wurde den Arbeitgebern mit dem TvöD zwei weitere Hebel für Erpressungen mitgeliefert: Die Öffnungsklausel für eine Verlängerung der Arbeitszeit bei den Kommunen auf 40 Wochenstunden und die Meistbegünstigungsklausel nach der eine Verlängerung der Arbeitszeit bei den Ländern als „unwiderrufliches Angebot an den Bund und die Kommunalen Arbeitgeberverbände“ gilt. Wen wundert es, dass die Arbeitgeber diese Angebote jetzt nutzen wollen? Wen wundert es, wenn Länder und Kommunen, Politiker aller etablierten Parteien, angesichts jahrelangen Zurückweichens der Gewerkschaften die Zeit ge-

kommen sehen für einen rücksichtslosen Durchmarsch?

Die Ver.di-Führung hat die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in eine Sackgasse geführt und hat keine Strategie wie man hier wieder herauskommt. Die Abschlüsse in Hamburg und Niedersachsen, die Schlichtung und das Angebot von ver.di in Baden Württemberg für eine nach Entgeltgruppen gestaffelte Erhöhung der Arbeitszeit zeigen, dass weiteres Einknicken auf der Tagesordnung steht. Zusätzlich zu der durch den TvöD erfolgten Spaltung akzeptieren ver.di-Funktionäre eine weitere Spaltung der Belegschaften, der Länder-, kommunalen Beschäftigten und BeamtInnen. Dem steht die Kampfbereitschaft und wachsende Entschlossenheit der Streikenden gegenüber. Nach sechs Wochen Streik ist die Streikbereitschaft ungebrochen. Die harte Haltung der Arbeitgeber erhöht bei vielen Beschäftigten die Entschlossenheit zum Kampf. 58% der ver.di-Mitglieder haben bei einer Urabstimmung den Abschluss in Hamburg abgelehnt. Immer weniger Kolleginnen und Kollegen sehen ein, dass man den Arbeitgebern jetzt auch noch eine Verlängerung der Arbeitszeit hinterherschmeissen soll. Es reicht uns endgültig. „Wir müssen es endlich machen wie in Frankreich“, hört man immer öfters unter den Streikenden.

Wofür kämpfen?

Immer wieder wird bei Streikkundgebungen in Baden Württemberg betont, dass es eigentlich notwendig wäre die Arbeitszeit zu verkürzen um Arbeitsplätze zu schaffen und um den Stress für die Beschäftigten zu mildern. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen kritisieren, dass ver.di in der Tarifaueinandersetzung den Forderungen der Arbeitgeber keine Forderungen entgegengesetzt. Das kann

geändert werden. Ständig schieben die Arbeitgeber neue Forderungen hinterher und drohen mit Privatisierung. Es ist Zeit, dass wir mit Forderungen für unsere Interessen in die Offensive gehen. Fordern wir als ersten Schritt die 35-Stunden-Woche für Arbeiter, Angestellte und Beamte bei vollem Lohnausgleich. Damit könnte dem Argument es ginge nur um 18 Minuten am besten der Wind aus den Segeln genommen werden. Die Arbeitgeber wiederholen ständig ihr Argument, die „Gerechtigkeitslücke“ zwischen Beamtinnen und Tarifbeschäftigten müsse geschlossen werden. Das stimmt. Deshalb muss gefordert werden, dass die gegen die BeamtInnen verhängte Arbeitszeitverlängerung zurückgenommen und die Arbeitszeit auf 35-Stunden verkürzt wird. Zusätzlich sollte eine Lohnerhöhung als Inflationsausgleich und Ausgleich für die Verschlechterungen des TvöD gefordert werden. Die Ärzte fordern 30%. Warum fordern wir dann nicht wenigstens eine tabellenwirksame Erhöhung von 250 Euro für alle? Die Forderung nach Übernahme des TvöD für die Länderbeschäftigten sollte sofort fallen gelassen werden. Die richtige Forderung ist Rücknahme der Verschlechterungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld und die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich plus 250 Euro Lohnerhöhung. Ansonsten sollte der BAT weiter gelten. Damit hätten alle Länderbeschäftigten ein klares positives Streikziel und könnten besser für den Streik mobilisiert werden.

Arbeiter, Angestellte und BeamtInnen gemeinsam

In Hamburg und Niedersachsen wurden die Länderbeschäftigten mit dem Abschluss bei den Kommunen isoliert. Solche Spaltung dürfen nicht länger zugelassen werden. Überall ist der gemeinsame Kampf für ein

gemeinsames Ziel zu führen. Es ist an der Zeit die Beamtinnen ebenfalls zum Streik aufzurufen. Das Streikrecht für sie kann nur erkämpft werden, indem wir es durch Streik durchsetzen. In Hamburg und Hessen haben verbeamtete Lehrerinnen und andere Kollegen in den letzten Jahren bereits gestreikt. Wegen der großen Beteiligung war es unmöglich Sanktionen gegen sie durchzusetzen. Die Einbeziehung der verbeamteten Kolleginnen in den Streik würde verhindern, dass sie als Streikbrecher eingesetzt werden und es wäre das wirksamste Mittel um drohende weitere Arbeitszeitverlängerungen gegen sie durchzusetzen.

Streiks ausweiten statt einknicken

Frank Bsirske hat vor einigen Wochen angekündigt, ver.di könnte den Streik noch ausweiten und Bereiche zum Streik aufrufen, die den Unternehmen weh tun. Bei dieser Ankündigung ist es bis heute geblieben. Maximal um die 45.000 Beschäftigte haben in sechs Wochen Streik gleichzeitig die Arbeit niedergelegt. 1992 waren 400.000 im Streik. Mit dem Argument, dass die Eskalationsstufe noch nicht erreicht sei, lehnt ver.di Hamburg das Bestreiken des Elbtunnel bisher ab. Die Flug-, See- und Binnenhäfen werden weiter vom Streik ausgenommen. In den meisten Bundesländern werden nicht alle streikbereiten Betriebe in den Streik geholt bzw. nur tageweise. Nach wie vor laufen die Streiks verzettelt. Ein erster Schritt zur Vereinheitlichung wäre ein bundesweiter gemeinsamer Streiktag aller Betriebe und Dienststellen unter Einbeziehung der BeamtInnen, verbunden mit Solidaritätsstreiks im ÖPNV und anderen Bereichen. Das wäre eine enorme Ermutigung für viele Beschäftigte. Eine Erfahrung des Streiks bisher ist, je entschlossener er geführt wird, desto mehr KollegInnen und Kollegen schließen sich an. Ver.di kriegt es bisher nicht auf die Reihe alle Bereiche die sich in Tarifaueinandersetzungen befinden

gemeinsam in den Kampf zu führen. Würde z.B. in Baden Württemberg der Einzelhandel mitstreiken würde die Kampfkraft enorm erhöht. Während Müllwerker die Müllverbrennungsanlage der EnBW blockierten, hätten die Kollegen der EnBW zu Warnstreiks aufgerufen werden können. Das wurde von den zuständigen ver.di-Funktionären verhindert. Inzwischen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der gemessen an den Rekordprofiten der Energiewirtschaft miserabel ist. Und es herrscht wieder Friedenspflicht. Bei der Telekom (170.000 Beschäftigte) endet in den nächsten Wochen die Friedenspflicht. In der privaten Abfallwirtschaft steht die Tarifrunde bevor. Die Arbeitgeber wollen die ohnehin miserablen Bedingungen massiv verschlechtern. Das sind weitere Chancen für einen gemeinsamen Tarifkampf und eine branchenübergreifende Abwehrschlacht gegen Arbeitsplatzvernichtung. Sie dürfen nicht nochmal verspielt werden.

Solidaritätsstreiks

Der Angriff im öffentlichen Dienst zielt auf alle Beschäftigten und alle Gewerkschaften. Es ist eine politische Auseinandersetzung um die Frage, ob die Arbeitgeber künftig einseitig Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen einseitig diktieren. Die Konsequenz daraus ist, dass alle ver.di-Bereiche, die anderen Einzelgewerkschaften und der DGB gemeinsame Streiks und Solidaritätsstreiks organisieren müssen. Wenn solche gemeinsamen Streiks von Teilen des Apparats blockiert werden, muss direkter Kontakt zu den Belegschaften aufgenommen werden und gemeinsame Aktionen und Streiks von unten durchgesetzt werden.

Flexible Streiktaktik ?

In Stuttgart, dem Epizentrum einer lebendigen Streikbewegung in Baden Württemberg, ist die Streikbereitschaft ungebrochen. Dies kam bei allen Streikversammlungen nach dem Scheitern der Schlichtung klar zum

Ausdruck. Bei allen Diskussionen zieht sich wie ein roter Faden durch, dass man nicht flexibel verzettelt weiter streiken will, sondern möglichst immer gemeinsam. Auch wenn manche Bereiche eine Streikpause brauchen, Ziel ist es die Kampfkraft gemeinsam zu steigern. Manche Bereiche streiken unmittelbar nach dem Scheitern der Schlichtung eine Woche weiter (Müllabfuhr, Grünflächen- und Friedhofsamt, Amt für öffentliche Ordnung, Hauswirtschaft der Kindertageseinrichtungen). Beim Jugendamt und den Kliniken will man zumindest tageweise und gemeinsam weiterstreiken. Immer wieder werden von Streikenden Solidaritätsstreiks der SSB (Nahverkehr) und anderen ver.di-Bereichen eingefordert. Die große Hoffnung ist der gemeinsame Streik mit den Metallern. Tatsächlich kann dadurch eine ganz neue Streikdimension erreicht werden. Ab 29.3. null Uhr hat die IGM Warnstreiks angekündigt. Damit es zu gemeinsamen Demonstrationen, Warnstreiks und Streiks kommt, muss Druck von unten aufgebaut werden, müssen direkte Kontakte zwischen Betrieben des öffentlichen Dienst und der Metallindustrie hergestellt werden. In Stuttgart hat eine Streikversammlung des Bürgerhospitals am 10.3. und eine Reihe von Kolleginnen von ver.di und der IGM die Forderung nach einem eintägigen Protest- und Streiktag aller Gewerkschaften und Betriebe der Region erhoben. „Ein solcher regionaler Streik- und Protesttag sollte der Anfang sein für eine landes- und bundesweite gemeinsame Streikbewegung mit der den Arbeitgebern und ihren Politikern endlich die Grenzen ihrer Macht aufgezeigt werden.“ So heißt es in dem Aufruf. Ähnlich dem Generalstreik vom November 1948 könnte heutzutage ein Generalstreik durch eine Serie von lokalen, regionalen und landesweiten Streiks und Generalstreiks durchgesetzt werden. Und eine solche Streikbewegung brauchen die Herrschenden. Mit Nadelstichen sind sie nicht zu stoppen.

Bundesweites Treffen des Netzwerkes am 29. April 2006 in Kassel

- TVÖD und Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst
- ver.di – Gewerkschaftstag 2007
- Angriffe der Großen Koalition und die Rolle der Gewerkschaften

Einladung zum Netzwerktreffen der Ortsgruppe Stuttgart

Mittwoch, 5. April 2006, 18.00 Uhr
Kellerschenke, DGB-Haus,
Willi-Bleicher-Str. 20 (Eingang B27a)

www.netzwerk-verdi.de

Infos, Kontakt und V.i.S.d.P: Alexander Brandner, Rotweg 55, 71686 Remseck, a.brandner@netzwerk-verdi.de